

7. Podiumsdiskussion

Abschließend fand eine Podiumsdiskussion unter Experten statt. Das zentrale Thema der Diskussion war die bundesweite Vernetzung von MSO. In diesem Zusammenhang wurde auch über die Gründung eines Dachverbandes der MSO gesprochen.

Beteiligte:

Frau Jasmina Prpić – Anwältinnen ohne Grenzen

Frau Eva Maria Welskop-Deffaa – Leiterin der Abteilung Gleichstellung und Chancengleichheit im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Frau Zümrüt Turan-Schnieders – Deutscher Juristinnenbund

Herr Roberto Alborino – Deutscher Caritasverband

Frau Heidrun Dräger – Bundesarbeitsgemeinschaft der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

Zentrale Inhalte:

Im Folgenden werden die Standpunkte der Beteiligten zu den genannten Themen dargelegt.



Podiumsdiskussion: Frau Heidrun Dräger, Herr Roberto Alborino, Frau Zümrüt Turan-Schnieders, Frau Eva Maria Welskop-Deffaa, Frau Jasmina Prpić, Frau Barbara Becker (v.l.)

Frau Prpić

Frau Prpić engagiert sich im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit bei Anwältinnen ohne Grenzen e.V. Freiburg für die Förderung und Durchsetzung der Menschenrechte von Frauen und den Abbau jeglicher Form von Ungleichbehandlung oder Diskriminierung. Ein besonderer Schwerpunkt dieses Vereins, dessen Mitglieder deutsche Juristinnen sowie Juristinnen mit verschiedenen Herkunftsländern sind, liegt auf der Problematik von Frauen mit Migrationshintergrund und dabei insbesondere auf deren Integration in Deutschland.

Frau Prpić sieht den schlechten Zugang zum Arbeitsmarkt als wesentliches Hindernis für die erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Dabei betont sie, dass neben deutschen Sprachkenntnissen auch Bildung und Ausbildung insgesamt eine unabdingbare Voraussetzung für diese Integration darstellen. Mit dem Erwerb von Sprache und fachlicher Kompetenz ende der Integrationsprozess jedoch nicht. Entscheidend sei vielmehr die spätere Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, die der Staat gesetzlich absichern müsse. Arbeit bedeute für Migrantinnen und Migranten weit mehr als nur soziale Sicherheit. Gerade in Deutschland gilt sie auch als soziale Norm und dient nicht nur der Existenzsicherung, so Frau Prpić. Wer diese Norm nicht erfülle, werde aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt. Frau Prpić hob hervor, dass es ihr dabei nicht um irgendeine Beschäftigung gehe, sondern um eine menschenwürdige. Umso erschreckender sei es, dass nicht selten bestens ausgebildete Migrantinnen mangels Alternativen in Deutschland putzen gehen – vor allem weil ihre im Ausland erworbenen Abschlüsse selten anerkannt werden.

Das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (sog. Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz), das zum 1. April 2012 in Kraft tritt, sei zwar der erste Schritt in die richtige Richtung, aber dieses Gesetz regle lediglich das Anerkennungsverfahren für nicht akademische Berufe. Die Anerkennung akademischer Berufe bliebe weiterhin in der Zuständigkeit der Länder. So hänge es nicht selten vom Wohnort ab, ob ein Diplom anerkannt werde oder nicht. Studien belegen aber auch, dass die Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt – selbst mit gleichen schulischen Voraussetzungen wie ihre Mitschülerinnen und Mitschüler ohne Migrationshintergrund – wesentlich geringer sind, so Frau Prpić. Hier habe der Staat noch enormen Nachholbedarf.

Als ein erster Schritt müsse nun endlich mit dem Bild von Migrantinnen als passiven Hilfsobjekten in einer asymmetrischen Hierarchie aufgeräumt werden. Frauen mit Migrationshintergrund unterlägen einer zweifachen Ungleichbehandlung: als Frauen und als Migrantinnen.

Die große Teilnehmerzahl bei diesem Kongress und insbesondere das rege Interesse von MigrantInnenorganisationen mache deutlich, dass Migrantinnen und Migranten durch Vernetzung und politische Teilhabe in ihrer Rolle als zivilgesellschaftliche Akteure gestärkt werden wollen und sollen. Der Grad ihrer erfolgreichen Einbindung in kommunale und bundesweite Entscheidungsprozesse hänge sicherlich vom persönlichen Engagement und den Kompetenzen ihrer Mitglieder ab, gleichzeitig aber, so Frau Prpić aufgrund ihrer Erfahrung als Mitglied des MigrantInnenbeirates Freiburg (2005–2010), ganz entscheidend auch von der Unterstützung durch die Verwaltung und die zur Verfügung gestellten finanziellen und personellen Ressourcen.